

Kampf um die Aufklärung

Der Lehrplan für Sexualerziehung treibt Gegner und Befürworter heute auf die Straßen Wiesbadens. In dem Streit stehen an beiden Fronten Eltern - und dazwischen auch.

Von Matthias Trautsch

Für Reiner Pilz waren es keine angenehmen Wochen. Dem Vorsitzenden des Landeselternbeirats bereitete es geradezu körperliche Pein, eine Entscheidung zu vertreten, die nicht seine eigene, aber die der knappen Mehrheit der Elternvertreter war. Dass die Mehrheit zustande kam, ist erstaunlich genug - durch konservative Umtriebe war der Landeselternbeirat bis dahin nicht aufgefallen, eher schon durch eine manchmal beklemmende Nähe zur SPD. Aber es lässt sich nicht deuteln: Der Landeselternbeirat hat den neuen Lehrplan für Sexualerziehung abgelehnt, vor allem, weil er die Akzeptanz von nichtheterosexuellen Orientierungen zum Unterrichtsziel erklärt.

Die Frage ist, ob den gewählten Elternvertretern klar war, was sie damit auslösen würden. Das Ergebnis können sie heute in Wiesbaden besichtigen. Dort stehen sich zwei Demonstrationzüge gegenüber. In beiden marschieren Mütter und Väter mit, die einen nennen ihren Protest "Demo für alle". Die anderen gehen für "Akzeptanz und Vielfalt - gegen Diskriminierung und Ausgrenzung" auf die Straße. Das mag für den naiven Betrachter auf in etwa dasselbe hinauslaufen, die dahinterstehenden Positionen und gesellschaftlichen Gruppen eint jedoch ziemlich wenig - außer dem Anspruch, sich für das Wohl der Kinder einzusetzen.

Die Organisatoren der "Demo für alle" berufen sich auf den Namen und die Ideen der Bewegung "La Manif Pour Tous", die in Frankreich mehrere hunderttausend Menschen mobilisieren konnte, um für die traditionelle Familie und gegen gleichgeschlechtliche Ehen sowie das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare zu protestieren. So groß wird die "Demo für alle", die um 14 Uhr auf dem Luisenplatz vor dem Kultusministerium beginnt, nicht ausfallen, doch das Anliegen ist ähnlich gelagert: Es gehe darum, zu verhindern, "dass die schulische Erziehung unserer Kinder von Gender- und Homo-Ideologen bestimmt wird". Der "radikale Sexualerziehungs-Lehrplan, der Kindergefühle und Elternrechte mit Füßen tritt" müsse abgewendet werden.

Unterzeichnet haben den Aufruf etwa zwei Dutzend konservative, rechte, teils reaktionäre Initiativen, die Namen wie "Eltern bestimmen selbst", "Monopol Familie", "Frau200plus" und "Zukunft Europa" tragen. Sitz und Arbeitsschwerpunkt liegt in der Regel außerhalb Hessens. Die CDU ist zwar dabei - allerdings durch Abgesandte aus Baden-Württemberg. Das Interesse aus dem Nachbarland dürfte damit zusammenhängen, dass dort eine ähnliche Reform vor einigen Jahren die Emotionen hochkochen ließ.

Dass die hiesigen Verhältnissen vielen Aktivisten eher fremd sind, ist daran zu merken, dass sie oft von "Bildungsplan" sprechen - so das Reizwort in Baden-Württemberg -, während es in Hessen um einen Lehrplan geht. Wobei dieser Hinweis vermutlich als Spitzfindigkeit abgetan würde: Bei der "Demo für alle" geht es um die große Ganze. Um einen Kulturkampf, der ans Existenzielle heranreicht. In Worte gefasst hat das der Fuldaer Bischof Heinz Josef Algermissen, der die Kundgebung nicht nur

unterstützt, sondern ihr auch seinen bischöflichen Segen erteilt. In einem schriftlichen Grußwort dankt er den Teilnehmern, dass "sie ihre Verantwortung als katholische Christen wahrnehmen und sich dafür einsetzen, dass unsere Gesellschaft christlich geprägt bleibt".

Wobei es auch andere Lesarten gibt, was christliche Prägung bedeutet. Die evangelische Kirche hat den Lehrplan gutgeheißen, und es war der christdemokratische Kultusminister Alexander Lorz, der ihn gegen die Mehrheitsmeinung des Landeselternbeirats durchgesetzt hat. Er wehrt sich tapfer gegen die Unterstellung, er habe sich dazu vom grünen Koalitionspartner drängen lassen. Auch für Christdemokraten sei Akzeptanz die zeitgemäße und richtige Einstellung im Umgang mit der Vielfalt sexueller Orientierungen, Geschlechter-Identitäten und Lebensweisen. In der Schule sei das schon deshalb wichtig, um Schüler vor Diskriminierung und Ausgrenzung zu schützen.

Diese Ansicht teilt das "Bündnis für Akzeptanz und Vielfalt", dessen Demonstrationzug heute um 11 Uhr am Wiesbadener Hauptbahnhof beginnt und um 12 Uhr in eine Kundgebung auf dem Dernschen Gelände mündet. Der "Demo für alle" wird "Ihr seid nicht alle" entgegengehalten. Schon rein quantitativ ist das evident: Das Bündnis umfasst mehr als 90 Organisationen und Initiativen, die fast alle in der Rhein-Main-Region beheimatet sind. Zu dem breiten Spektrum gehören neben Homosexuellenverbänden und Beratungsstellen etwa der Chaos Computer Club Mainz-Wiesbaden, der Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Rhein-Main, Schülervertretungen von Stadt und Land, der DGB, die evangelische Jugend und das Kulturzentrum Schlachthof.

Von den politischen Parteien sind die Grünen, die SPD, die Linke und die Piraten dabei - während sich die CDU als Partei des Kultusministers nur durch die "Lesben und Schwulen in der Union" beteiligt und die FDP durch die Jungen Liberalen. Auf die Seite der "Demo für alle" stellt sich die AfD. Landessprecher Albrecht Glaser warnt davor, dass die Neufassung des Lehrplans "bereits Grundschulkindern vielfältige sexuelle Verhaltensweisen vermittelt und etwa die Heterosexualität, insbesondere in ihrer ethischen Dimension, relativiert wird". Statt mit Mathematik und Deutsch verbrachten "unsere Schulkinder kostbare Zeit mit dem Erlernen von Sexualpraktiken", meint Glaser, allerdings ohne Hinweis darauf, aus welcher Passage des Lehrplans er das ableitet.

Angesichts solcher Mitstreiter wünscht sich mancher im Landeselternbeirat inzwischen, nie nach seiner Meinung zum Lehrplan gefragt worden zu sein. Zumal zur Vereinnahmung von der einen Seite der Druck von der anderen kommt. Sie fühlten sich vom Landeselternbeirat nicht vertreten, äußerten Frankfurter Eltern in einer Unterschriftenaktion. Wie unbequem die Lage zwischen den Fronten ist, machte jüngst eine gemeinsame Stellungnahme der Kreis- und Stadelternbeiräte sowie des Landeselternbeirats deutlich. Man fühle sich unvollständig wiedergegeben und missverstanden, heißt es darin.

Wobei die merkwürdig verdrehte Mitteilung die inneren Konflikte der Elternvertretungen erahnen lässt: Einerseits distanzieren sie sich "deutlich" von der "Demo für alle", andererseits halten sie an der Ablehnung des Begriffs Akzeptanz fest. Angesichts des weiten Spektrums von Wertvorstellungen in der Elternschaft sei Toleranz die Haltung, "die von allen Beteiligten eingefordert werden kann und muss, um ein gedeihliches Miteinander in unserer Gesellschaft zu gewährleisten". Mit "weitem Spektrum von Wertvorstellungen" sind dem Vernehmen nach auch muslimische Eltern gemeint, die einen offenen Umgang mit Sexualität und andere als traditionelle Beziehungsformen prinzipiell skeptisch betrachten.

Offenbar im Bemühen, nicht mit Reaktionären christlicher oder islamischer Provenienz in einen Topf geworfen zu werden, verlagern die Elternbeiräte ihre Kritik am Lehrplan inzwischen auf den doch etwas weit hergeholtten Vorwurf, der Schutzgedanke komme darin zu kurz, weil Kinderehen und Mehr-Ehen mit Minderjährigen nicht thematisiert würden. Außerdem wird "dringend empfohlen", sich von den Lehrkräften erläutern zu lassen, welche pädagogischen Methoden und Unterrichtsmittel sie bei der Sexualerziehung zu verwenden planen. Auf eine solche Einbeziehung haben Mütter und Väter ein Recht. Festgeschrieben ist es ausgerechnet in der vielkritisierten Lehrplan-Novelle.

Bildunterschrift: Liebesformel: So weit hergeholt ist diese Illustration gar nicht - auch in den Mathe-Unterricht, man denke nur an Textaufgaben, soll die gesellschaftliche Vielfalt Einzug halten.

Foto Getty

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main

Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de